

# Genf darf kein Deckmantel für das Wettrüsten sein

Der ergebnislose Ausgang der ersten Runde der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen, die in Genf stattfinden, ließ die europäische und die Weltöffentlichkeit aufmerken. Werden sich die traurigen Erfahrungen der vorausgegangenen Verhandlungen wiederholen, die durch die Aufstellung neuer amerikanischer atomarer Erstschlagswaffen in Westeuropa torpediert worden waren?

Was die USA betrifft, so sieht es aus, als ob sich die Geschichte wiederholt. Kaum hatten sich die amerikanischen Delegierten in Genf an den Verhandlungstisch gesetzt, da begann man in Washington das Programm für die Erstschlags-Superraketen MX im Kongreß durchzupeitschen. Es kam so weit, daß der Leiter der amerikanischen Delegation in Genf eiligst nach Washington gerufen wurde, wo er als glühender Verfechter dieses Programms auftrat.

Überall hin erteilt das Pentagon Aufträge für die Herstellung von Waffen für die „Sternenkriege“. Man versucht, die westeuropäischen NATO-Partner und Japan für die Weltraumpläne einzuspannen.

Wovon zeugt das? Davon, daß man in Washington darauf brennt, die Kernwaffen „kampfuntauglich und veraltet“ zu machen? Nein. Die Schaffung eines Aggressionspotentials kann nicht von Friedensabsichten und von der Bereitschaft zeugen, die Kriegsgefahr durch erfolgreiche Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung von Rüstungen zu bannen. Mehr noch. Die Schaffung eines solchen Potentials geht mit der sturen Weigerung des offiziellen Washington einher, eine Verpflichtung, wie dies die Sowjetunion bereits getan hat, zu übernehmen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen.

Die Militärpolitik der US-Administration flößt kein Vertrauen ein. Vor allen Dingen aus dem Grunde nicht, weil sich die Vereinigten Staaten nach der Einschätzung eines so kompetenten Experten wie des ehemaligen Stellvertreters des CIA-Direktors, Herbert Scoville, „heute fest und unverhohlen auf die strategische nukleare Erstschlags-Politik orientieren... Eine solche Politik zu betreiben, bedeutet, buchstäblich auf eine nukleare Katastrophe hinzuarbeiten, die in der Geschichte der Menschheit nicht ihresgleichen kennt.“ Damit ist alles gesagt.

Eine solche allgemeine Orientierung der amerikanischen Führung in Fragen von Krieg und Frieden bestimmt auch das Verhalten ihrer Vertreter bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion. Sie nehmen nicht auf eine Vereinbarung Kurs, sondern auf deren Torpedierung. Davon zeugt die erste Etappe der Genfer Verhandlungen.

Freilich versucht man in der amerikanischen Metropole, das obstruktionistische Herangehen mit Friedensrhetorik zu tarnen. Der US-Präsident geizte in seiner Erklärung über die Ergebnisse der ersten

Runde nicht mit Versprechungen, bedeutende Beschränkungen für die Rüstungen zu erwirken, und mit optimistischen Hoffnungen, eine Vereinbarung zu erzielen.

Worauf es jedoch ankommt ist, daß die heutige Position der USA in Genf keinen Optimismus einflößt. Erstens rückt die amerikanische Delegation von der ursprünglichen Vereinbarung ab, die kurz vor Aufnahme der Verhandlungen zwischen Andrej Gromyko und George Shultz getroffen wurde. Ihr Wesen besteht darin, daß die Probleme der Nuklear- und Weltraumwaffen im wechselseitigen Zusammenhang, komplex, erörtert werden müssen.

Mit einem solchen Herangehen hat sich auch Washington einverstanden erklärt. Gerade das eröffnete den Weg zu neuen Verhandlungen. Sobald sie jedoch aufgenommen worden waren, begann die amerikanische Delegation, einer Erörterung der Frage, wie die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum verhindert werden kann, auszuweichen. Washington möchte die „strategische Verteidigungsinitiative“ von Präsident Reagan aus den Verhandlungen ausklammern. Wie aber kann man von einem Projekt abstrahieren, mit dessen Hilfe man eine militärische Überlegenheit im erdnahen Raum erlangen will?

Zweitens weigern sich die USA nicht nur, das Thema der Weltraumbewaffnung ernsthaft zu erörtern, sie nehmen auch eine recht ausweichende Position in bezug auf die Reduzierung der nuklearen strategischen Rüstungen und der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa ein. Die amerikanischen Vertreter in Genf bieten vorerst, wie man aus Mitteilungen der ausländischen Presse entnehmen kann, nichts an außer der „Null“ – und der „Zwischenvariante“. Das sind von vornherein haltlose, für die UdSSR unannehmbare Vorschläge, die auf die Erlangung einseitiger Vorteile gerichtet sind.

Der Sache sind mutige Lösungen und konstruktive Initiativen dienlich. Um die Erzielung einer gegenseitig annehmbaren Vereinbarung bei den Genfer Verhandlungen zu erleichtern, schlägt die UdSSR den USA vor:

- für die ganze Periode der Verhandlungen ein Moratorium für die Entwicklung, einschließlich der Forschungsarbeiten, die Erprobung und die Aufstellung der kosmischen Angriffswaffen zu verhängen;
- die strategischen Offensivwaffen beider Seiten einzufrieren;
- die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und die Gegenmaßnahmen der UdSSR und ihrer Verbündeten einzustellen.

In der gegenwärtigen verantwortungsvollen Periode bei der Entwicklung der internationalen Beziehungen hat die Sowjetunion beschlossen, wie dies schon in der Vergangenheit mehrmals der Fall war, guten Willen zu zeigen. Sie führte ein Moratorium für die Aufstellung ihrer Mittelstreckenraketen

ein und setzte die Realisierung anderer Gegenmaßnahmen in Europa aus. Was bedeutet das konkret? Seit dem 7. April ist die weitere Stationierung von SS-20-Raketen eingestellt. Ausgesetzt ist die Aufstellung operativ-taktischer Raketen erhöhter Reichweite auf dem Territorium der DDR und der CSSR.

Das Moratorium wird bis zum November dieses Jahres gültig sein. Ob das Moratorium verlängert oder aufgehoben wird, hängt von den USA ab. Es wird davon abhängen, ob Washington dem sowjetischen Beispiel der Zurückhaltung folgen und ob es die weitere Aufstellung seiner Raketen mittlerer Reichweite in Europa einstellen wird.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß seit 1983 auch ein anderes Moratorium in Kraft ist, das die Sowjetunion einseitig übernommen hat. Es geht um das Moratorium für die Ersteinsteuerung von Satellitenabwehrwaffen in den Weltraum.

Was die strategischen Kernwaffen betrifft, so schlägt die Sowjetunion vor, sie auf ein Viertel zu reduzieren, und ist zugleich zu umfangreicheren Reduzierungen bereit.

Darüber hinaus unterstützt die UdSSR den Vorschlag über die Verhängung eines Moratoriums für alle Kernwaffentests ab 6. August 1985, dem 40. Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima.

Die neuen Initiativen der Sowjetunion sollen dazu beitragen, die Genfer Verhandlungen möglichst schnell erfolgreich zu machen, sie auf einer soliden Grundlage der Erzielung einer gegenseitig annehmbaren Vereinbarung näher zu bringen.

Die UdSSR ist nicht bestrebt, den Verhandlungspartner zu überspielen. Sie strebt danach, daß die gemeinsame Sache des Friedens gewinnt. Die UdSSR ist jedoch nicht nach Genf gekommen, um jahrelang einen unverbindlichen „philosophischen Disput“ über abstrakte, von der realen Praxis losgelöste Abrüstungsthemen zu führen. Und schon gar nicht, um eine Vorlesungsreihe über die imaginären Vorzüge zweifelhafter „Initiativen“ zu hören. Die sowjetische Führung beauftragte ihre Delegation, in annehmbaren, vernünftigen Fristen ein praktikables Abkommen im Geiste der prinzipiellen Vereinbarung über ein komplexes, wechselseitig zusammenhängendes Herangehen an die Lösung des Problems von Nuklear- und Weltraumwaffen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu erzielen.

Die sowjetische Führung hat der amerikanischen Administration mit aller Bestimmtheit erklärt: Wettrüsten und Abrüstungsverhandlungen lassen sich nicht verbinden. Das ist klar, wenn man nicht heuchelt und sich nicht das Ziel setzt, die öffentliche Meinung in die Irre zu führen. Genf darf kein Deckmantel für das Wettrüsten und für Versuche sein, das militärische Übergewicht zu erlangen.

Ungeachtet der komplizierten, gespannten Lage in der Welt und der Schwierigkeiten bei den Verhandlungen in Genf bewahrt die Sowjetunion nüchternen Optimismus.

Wladlen Kusnezow

# Die »begrenzte« Raketenabwehr der USA und die strategische Stabilität

Der Autor dieses Beitrags, Dr. sc. Andrej Kokoschin, ist stellvertretender Vorsitzender des Komitees sowjetischer Wissenschaftler zum Schutz des Friedens, gegen nukleare Bedrohung.

**W**enn man die Argumentation der Reagan-Administration und des Kongresses für die Errichtung eines umfassenden Raketenabwehrsystems analysiert, so entdeckt man darin eine neue Linie. Viele Reagan-Anhänger diskutieren in jüngster Zeit besonders intensiv über verschiedene begrenzte und intermediäre Varianten der Raketenabwehr: eine territoriale (für den „verdünnten“ Schutz des ganzen Landes), eine zonale (für die Verteidigung größerer Gebiete) und eine Objektverteidigung (zum Schutz besonders wichtiger Verwaltungs-, Industrie- und vor allem militärischer Objekte).

Die Notwendigkeit der Errichtung einer Raketenabwehr mit begrenzter Wirksamkeit, einer „verdünnten“ territorialen oder zonalen Abwehr, wird unter anderem damit begründet, daß man das eigene Land vor „Drittländern“ schützen müsse, das heißt vor Staaten, die sich in Zukunft Kernwaffen zulegen und damit sogar die Großmächte erpressen könnten.

Die Befürworter einer begrenzt wirksamen Raketenabwehr in den USA behaupten ferner, diese werde zur Verhinderung eines Krieges beitragen, weil sich für die Gegenseite die Ungewißheit bei der strategischen Planung erhöht, weil sich für den potentiellen Aggressor bei der Planung eines eventuellen Erstschlags enorme Schwierigkeiten ergeben und weil somit die Wahrscheinlichkeit, daß er diese Möglichkeit ernsthaft prüfen wird, verringert werde.

Ziemlich viele amerikanische Experten halten die Stationierung einer ganzen Reihe von Raketenabwehrkomplexen zur Verteidigung der Startanlagen für ballistische Interkontinentalraketen, die angeblich infolge der zunehmenden Treffgenauigkeit der Gefechtsköpfe der anderen Seite immer verwundbarer werden, für wünschenswert und technisch

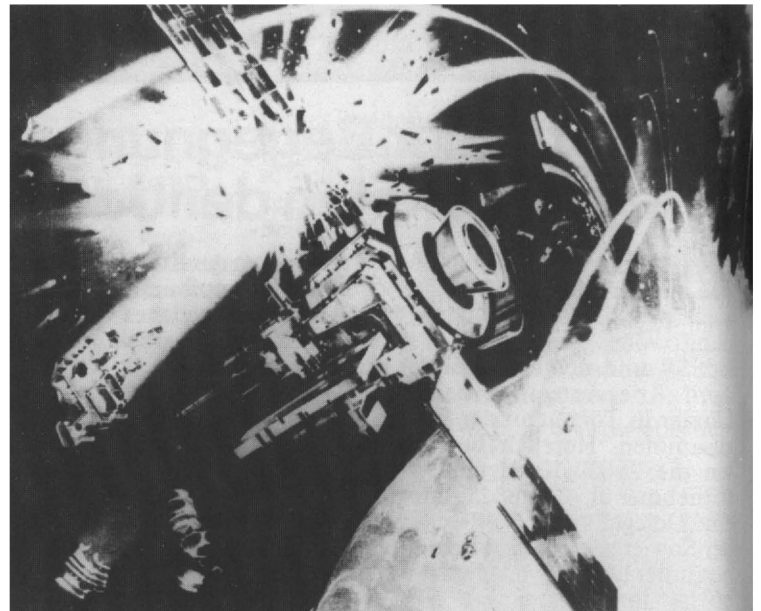
durchführbar. Jede oben erwähnte Variante würde jedoch einen Bruch des unbefristeten Vertrags über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen von 1972 bedeuten. Auch in der UdSSR werden Forschungsarbeiten, darunter im militärischen Bereich, betrieben. Sie haben jedoch keineswegs die Entwicklung von weltraumgestützten Angriffswaffen, sondern die Vervollkommnung der kosmischen Frühwarn-, Aufklärungs-, Nachrichten- und Navigationssysteme zum Ziel. Wie der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall der Sowjetunion Sergej Sokolow, betonte, werden in der Sowjetunion weder kosmische Angriffswaffen noch ein Raketenabwehrsystem für das ganze Territorium des Landes entwickelt. Die UdSSR hält sich strikt an den unbefristeten Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme von 1972.

Die von sowjetischen und amerikanischen Wissenschaftlern vorgenommenen Untersuchungen zeigen, daß ein Raketenabwehrsystem, welches das Abfangen von interkontinentalen ballistischen Flugkörpern (ICBM) oder sogar von U-Boot-gestützten ballistischen Flugkörpern (SLBM) sichern soll, für das Abfangen anderer Angriffswaffen ungeeignet ist. Darüber hinaus läßt sich mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, daß das Aufkommen von Raketenabwehrmitteln, die dazu bestimmt sind, ballistische Interkontinentalraketen, darunter SLBM, abzufangen, potentielle Kernwaffenbesitzer anspornen würde, gerade solche Träger zu entwickeln, die nicht in den Wirkungsbereich des umfassenden Raketenabwehrsystems fallen.

Läßt man sich jedoch von der normalen politischen und strategischen Logik leiten, so ist ein weit wirksames Mittel zum Schutz sowohl der Großmächte als auch aller anderen Staaten vor einer nuklearen Erpressung und erst recht vor einer Anwendung von Kernwaffen denkbar: die Verstärkung der Bestimmungen zur Nichtweiterverbreitung gemäß dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Der Schutz vor einem zufälligen oder unerlaubten Start kann durch Erhöhung (in irgendeiner Variante) der Zuverlässigkeit der Selbstzerstörungsvorrichtungen in strategischen Trägersystemen mit selbständiger Zielsuchlenkung verbessert werden. Dies würde es im Falle eines zufälligen oder unerlaubten Starts gestatten,

die Wahrscheinlichkeit eines Fehlers im Raketenabwehr-Lenkensystem wesentlich größer als die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Starts sein wird, besonders in Anbetracht der gesammelten Erfahrungen und des möglichen Aufkommens neuer technischer Mittel zur Verhinderung der zufälligen und unerlaubten Starts



So stellt sich ein Maler die Vernichtung einer Orbitalstation durch Weltraumwaffen vor  
Foto: APN

den entsprechenden Träger mit denkbar geringem Schaden für die Bevölkerung und die Umwelt (selbstverständlich ohne eine nukleare Explosion der Gefechtsköpfe) auf Befehl der Leitstelle zu sprengen. Auf gegenseitig annehmbarer und vereinbarter Grundlage wären anscheinend auch andere technische Lösungen möglich.

Außerdem müssen unseres Erachtens der Gefahr eines zufälligen oder unerlaubten Starts einer ICBM oder SLBM beim Fehlen einer umfassenden Raketenabwehr nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Unkosten ihrer Errichtung entgegeng gehalten werden, sondern auch die Gefahr bzw. Wahrscheinlichkeit der Selbstaktivierung eines solchen Raketenabwehrsystems infolge eines Fehlers im Ortungs-, Identifizierungs- oder im Lenksystem.

Das Komitee der sowjetischen Wissenschaftler zum Schutz des Friedens hat errechnet, daß

von ICBM, SLBM oder MRBM und ihrer Folgen.

Bei der Prüfung jeder der Raketenabwehr-Varianten wird in Übersee absichtlich die einseitige sowjetische Verpflichtung mißachtet, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Dabei wird auch die grundlegende Frage der heutigen strategischen Bilanz berührt, die schon jetzt angesichts der Natur der nuklearen Waffen, das heißt ihrer ungeheuren Zerstörungskraft, sehr ungewiß geworden ist. Es bedeutet jedoch keineswegs, daß diese Ungewißheit noch mehr erhöht werden soll, und eben darum handelt es sich in den Erklärungen amerikanischer Fürsprecher des Raketenabwehrsystems.

Die zunehmende Ungewißheit in der strategischen Planung einer Seite wird die strategische Planung der anderen Seite unweigerlich ebenfalls unbestimmt machen, und sie wird ein Verfahren suchen, um die zusätzliche Ungewißheit zu beseitigen. Wird die Ungewiß-

heit eine bestimmte Grenze überschreiten, so muß dies aber die Entstabilisierung des gegenwärtigen strategischen Gleichgewichts und eine Erhöhung der Wahrscheinlichkeit eines Kernwaffenkrieges zur Folge haben.

Nach Ansicht zahlreicher angesehenen westlicher Fachleute ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ungewißheit bei der Planung des entwaffnenden Erstschlags ziemlich groß. Dabei hätten beide Seiten garantiert die Möglichkeit, einen Gegenschlag zu führen, das über adäquate Frühwarn- und Ortungsgeräte, Befehls-, Leit- und Nachrichtensysteme verfügen und die strategischen Kernwaffenkräfte beider Seiten in ständiger Gefechtsbereitschaft sind.

Selbstverständlich wird die Wahrscheinlichkeit und die Gefahr eines „entwaffnenden Erstschlags“ auf weite Sicht zunehmen, weil die Vereinigten Staaten die Zahl der Sprengköpfe weiterhin vergrößern, deren Treffgenauigkeit und Zerstörungskraft erhöhen, aber auch bei der Entwicklung der strategischen U-Boot-Abwehr Durchbrüche möglich sind. Deshalb besteht gegenwärtig die dringende Notwendigkeit, aktive Maßnahmen zu ergreifen, damit die Erstschlagsgefahr nicht noch größer werden kann.

Eine solche Maßnahme müßte das Einfrieren der nuklearen Angriffswaffen sein. Dies wäre weit wirksamer als der Aufbau eines Raketenabwehrsystems, würde keinen Milliardenaufwand erfordern und die zunehmende gefährliche Ausstattung der Kernwaffenkräfte mit präziser Nuklearmunition verhindern. Es sind ferner Schritte zur Begrenzung der Aktivitäten der U-Boot-Abwehr erforderlich. Eine Maßnahme in dieser Richtung würde die strategische Stabilität erhöhen sowie einen entwaffnenden Erstschlag weniger wahrscheinlich und möglich machen. Entsprechende Vorschläge wurden wiederholt von der Sowjetunion gemacht. Das Einfrieren der nuklearen Offensivwaffen und die Begrenzung der Aktivitäten der U-Boot-Abwehr würde neben der strikten Befolgung des Vertrags über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen aus dem Jahre 1972 zweifellos zumindest eine Verringerung der strategischen Stabilität verhindern und zur Wahrung einer Situation beitragen, in der weder die eine noch die andere Seite in der Lage ist, einen entwaffnenden Erstschlag zu führen.

Bei der Einschätzung amerikanischer Argumente zugunsten einer begrenzten Raketenabwehr (Objektabwehr), die lediglich das Überleben der Startanlagen für ballistische

Interkontinentalraketen sichern kann, sei festgestellt, daß ein derartiges System mit Fug und Recht von der anderen Seite als der erste bedeutende Schritt zum Aufbau einer umfassenden Raketenabwehr betrachtet werden muß. Ein solches Objektverteidigungssystem könnte das Kernstück einer letzten Staffel der Raketenabwehr zum Abfangen der Raketen im Endabschnitt der Flugbahn außerhalb und innerhalb der Atmosphäre bilden. Später könnte dieses System durch zwei oder drei weitere Staffeln ergänzt werden, darunter eine Staffel im Weltraum zum Abfangen von Raketen der Gegenseite im Anfangs- oder Mittelabschnitt der Flugbahn.

Die aus mehreren Komplexen bestehende Raketenabwehr (Objektabwehr) zum Schutz der ICBM-Startanlagen außerhalb der durch den Vertrag von 1972 festgelegten Grenzen ist an und für sich, sogar ungeachtet des möglichen Aufbaus einer umfassenden tiefgestaffelten Raketenabwehr, ein entstabilisierendes System. Es ist nämlich so, daß das Vorhandensein eines derartigen Raketenabwehrsystems, bestehend aus mehreren Komplexen zur Deckung wenn nicht aller, so doch des größten Teils der ICBM-Startanlagen, als wichtiges Mittel zur materiellen Sicherstellung der in der ameri-

kanischen Strategie (darunter in amtlichen Dokumenten) in den letzten Jahren besonders populär gewordenen Konzeption eines „langwierigen“ und „begrenzten“ Kernwaffenkrieges betrachtet werden kann.

Im Rahmen dieser spitzfindigen Konzeption wird unter anderem ein Schlagabtausch gegen Startschächte der ballistischen Interkontinentalraketen vorgesehen, wobei der Industrie und den bedeutenden Verwaltungszentren angeblich kein großer Schaden zugefügt werden soll und die Verluste der Zivilbevölkerung nicht allzu groß sein werden. Die sowjetische Militärdoktrin, die auf realistischen und nüchternen Vorstellungen über die Natur und das Wesen eines modernen Krieges fußt, lehnt die Idee eines „begrenzten“ Kernwaffenkrieges als wirklichkeitsfremd und für beide Seiten außerordentlich gefährlich ab. Das wurde mehrmals von sowjetischen Staatsmännern, hohen Militärs und Militärtheoretikern erklärt.

Im „Sowjetischen Militärlexikon“ wird unzweideutig erklärt: „Die Konzeption eines begrenzten Kernwaffenkrieges gilt in der sowjetischen Militärstrategie als unbegründet, weil es unmöglich ist, einen Kernwaffenkrieg in irgendwelchen im voraus festgelegten Grenzen zu halten.“

Die Sowjetunion ist gezwungen, derartigen Konzeptionen in den amtlichen strategischen Richtlinien der amerikanischen Führung in vollem Umfang Rechnung zu tragen und Maßnahmen zum Aufbau der strategischen Kräfte der USA, darunter mögliche Versuche, eine aus mehreren Komplexen bestehende Raketenabwehr zur Verteidigung der ICBM-Startanlagen einzurichten, gerade im Zusammenhang mit den gefährlichen entstabilisierenden Konzeptionen eines „begrenzten“ oder „langwierigen“ Kernwaffenkrieges zu betrachten.

Eine Staatsführung, die sich heute mit Konzeptionen wappnet, die mit der realen Natur des Krieges unvereinbar sind, die damit rechnet, daß eine kriegerische Auseinandersetzung unter Einsatz von Massenvernichtungswaffen „lenkbar“ und „begrenzt“ sei, eine solche Führung verurteilt im Kriegsfall das eigene Land und das eigene Volk mit Sicherheit zum Untergang. Sie kann aber dabei auch die ganze Menschheit in das Nichtsein mitreißen.

## Gegen eine Militarisierung des Weltraums

„Die Sowjetunion ist dafür, daß im Interesse der ganzen Menschheit eine Militarisierung des Weltraums verhindert wird, daß ein internationales Abkommen erzielt wird, das die Anwendung von Gewalt im Weltraum und aus dem Weltraum gegen die Erde verbietet.“ Das wird in einer Antwort des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR an den Präsidenten der Weltföderation der Wissenschaftler (WFW), Prof. Jean-Marie Legay, im Blick auf einen von der Weltföderation vorbereiteten Forschungsbericht zum Thema „Wettrüsten im Weltraum verhindern“ festgestellt. Der Bericht der Weltföderation der Wissenschaftler war auch an die Staatschefs und Parlamente einer Reihe anderer Länder gerichtet worden.

In der Antwort wird unter anderem betont: „In der Sowjetunion werden die Bewertungen und Schlußfolgerungen, wie sie in dem Bericht dargelegt sind, im großen und ganzen geteilt. Es dürfte schwerfallen, beispielsweise der Schlußfolgerung dieser Untersuchung nicht zuzustimmen, wonach eine Mili-

tarisierung des Weltraums, darunter die Schaffung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems in den Vereinigten Staaten, auf die strategische Lage in der Welt eine destabilisierende Wirkung haben und die Gefahr des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges unermesslich steigern würde.“

Weiter heißt es: „Unser Land hat vorgeschlagen, daß die UdSSR und die USA für die gesamte Zeit der Verhandlungen ein Moratorium für die Schaffung kosmischer Angriffswaffen, einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, für deren Erprobung und Stationierung einführen und ihre strategischen Offensivwaffen einfrieren. Gleichzeitig soll die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und dementsprechend die Erweiterung unserer Gegenmaßnahmen eingestellt werden. Ihren guten Willen bekundend, hat die Sowjetunion bis November dieses Jahres ein Moratorium für die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen eingeführt und die Durchführung an-

derer Gegenmaßnahmen in Europa ausgesetzt.“

Wie in der Antwort des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR weiter ausgeführt wird, „schlägt die Sowjetunion somit eine natürliche und vernünftige Sache vor: vor allem die weitere Aufstockung der nuklearen Waffenarsenale auf der Erde und die Vorbereitung zur Entwicklung und Produktion von Waffen zur Stationierung im Weltraum einzustellen und auf dieser Grundlage unter den Verhältnissen des auf diese Weise gefestigten gegenseitigen Vertrauens sofort zur Vorbereitung eines Abkommens über die Reduzierung der angehäuften Waffenvorräte überzugehen.“

In der Sowjetunion wird der Wunsch der WFW geteilt, nicht zuzulassen, daß dem Wettrüsten eine neue, eine kosmische Dimension verliehen wird, und nach Kräften dazu beizutragen, daß die Erschließung des Weltraums ausschließlich zu friedlichen Zwecken und zum Wohle aller Völker geschieht.“